Rede von Präsidentin von der Leyen auf der EDA-Jahrestagung 2023: Ausbau der europäischen Verteidigung

Brussels, 30. November 2023

Herr Generalsekretär, lieber Jiří,

meine Damen und Herren Minister,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung. Es ist eine große Freude für mich, wieder bei der Europäischen Verteidigungsagentur zu sein! Wie Sie vielleicht wissen, hatte ich fünf Jahre lang die Ehre, ihrem Vorstand anzugehören. So konnte ich aus erster Hand die Rolle der EVA als Dreh- und Angelpunkt der europäischen Verteidigungszusammenarbeit erleben. Allerdings muss ich hinzufügen, dass ich in den vergangenen vier Jahren noch etwas mehr über die EDA erfahren habe. Dass Sie nämlich nicht nur mit den einzelnen Verteidigungsministerien, sondern mit allen europäischen Institutionen zusammenarbeiten. Das wurde besonders deutlich, als russische Panzer über die ukrainische Grenze rollten. Ganz Europa hat die Gegenwehr der Ukraine unterstützt. Das verlangte natürlich eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, auch der Agentur und der Kommission.

Unsere gemeinsame Taskforce für Verteidigungsgüterbeschaffung hilft uns beispielsweise, die Produktionskapazitäten unserer Industrie auf die Nachfrage unserer Mitgliedstaaten abzustimmen. Gemeinsam haben wir die Verteidigungskräfte der Ukraine gestärkt. Wir haben gezeigt, was wir als Union erreichen können, wenn wir unsere Kräfte über Grenzen und Institutionen hinweg sowie mit NATO-Partnern bündeln. Und diese engere Verteidigungszusammenarbeit wird immer notwendiger.

Bekanntlich hat sich das strategische Umfeld grundlegend verändert. Das schafft eine neue Art von Verantwortung für Europa. Eine strategische Verantwortung sozusagen. Damit meine ich eine Verantwortung, die in erster Linie darin besteht, der Ukraine in diesem Krieg so lange wie nötig zur Seite zu stehen. Das wird nicht leicht – aber in genau diesem Punkt muss unser Engagement felsenfest sein. Russland baut momentan seine Stellungen aus. Versucht, wieder die Oberhand zu gewinnen. Und das bedeutet, dass die Situation auf dem Schlachtfeld nach wie vor sehr herausfordernd ist. Das ist aber kein Argument gegen eine Unterstützung. Das ist vielmehr ein Argument für mehr Unterstützung. Denn eins dürfen wir nicht vergessen: Als Putin die Ukraine überfiel, dachten viele von uns, dass es nur eine Frage von Tagen wäre, bis Kiew fällt. Weit gefehlt! Putin kontrolliert derzeit nicht einmal all die Gebiete, die er bereits annektiert hat. Die Ukraine hat Russland aus der Hälfte der nach Februar 2022 eroberten Gebiete zurückgedrängt. Die Ukraine hat sogar die russische Schwarzmeerflotte zurückgedrängt und ist in der Lage, über diesen Seekorridor wieder Getreide auszuführen. Finnland ist mittlerweile NATO-Mitglied, mit einer langen Grenze zu Russland. Schweden wird es bald sein. Die Ukraine ist auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Der Kreml hat sich von westlichen Volkswirtschaften und Innovationssystemen abgekoppelt und abhängig von China gemacht. Gemeinsam haben wir viel erreicht. Und all das sind gute Argumente für eine nachhaltige Unterstützung der Ukraine. Gleichzeitig müssen wir auf die mittel- und langfristige Sicherheit der Ukraine bedacht sein. Die Ukraine muss Russland vor erneuten Angriffen abschrecken können. Deshalb sind die künftigen EU-Sicherheitsverpflichtungen der Ukraine gegenüber so wichtig.

Bei unserer strategischen Verantwortung geht es aber nicht nur um die Ukraine. Es geht auch um die anderen künftigen Mitglieder unserer Union wie den westlichen Balkan, wo auf seit langem bestehende lokale Konflikte von außen Einfluss genommen wird. Und wenn wir den Blick nur ein bisschen weiten, sehen wir, dass sich die Konflikte rund um unsere Grenzen vervielfacht haben. Dabei denke ich natürlich an den Nahen Osten, aber auch an die Sahelzone und den Kaukasus.

Weltweit verschärft sich der strategische Wettlauf. Unsere Partner fordern ein stärkeres europäisches Engagement in anderen Teilen der Welt wie dem indopazifischen Raum. Wir müssen erkennen, dass unsere Sicherheit enger mit anderen Regionen verflochten ist als je zuvor. Wir haben erfahren, dass die regelbasierte Weltordnung auf dem Spiel steht, wenn ein großes Land einen kleinen Nachbarn bedroht. Und natürlich sind dann auch unsere Handelswege und Lieferketten in Gefahr. Europa könnte gedrängt werden, sich an jedem dieser Schauplätze – ob nah oder fern – zu engagieren.

Deshalb brauchen wir die Streitkräfte der Mitgliedstaaten, die für alle möglichen Szenarien gewappnet sind – von herkömmlich bis hybrid. Zu Land, zur See, in der Luft, im All oder im Cyberspace.

Wir betonen stets, dass unsere Union als Friedensprojekt entstanden ist. Und ja, das stimmt. Aber Frieden braucht Sicherheit. Und deshalb wurde unsere Union auch als Sicherheitsprojekt gegründet. Die materielle Grundlage aus Kohle und Stahl beinhaltete eine zentrale Sicherheitsdimension. In diesen Bereichen war die gemeinsame Industriepolitik in erster Linie Sicherheitspolitik. Über die Jahrzehnte hinweg ist diese Sicherheitsdimension dann gewachsen. Damit meine ich nicht nur die Einrichtung dieser Agentur oder unsere Missionen und Einsätze. Die meisten politischen Maßnahmen unserer Union haben direkte Auswirkungen auf die Sicherheit. Unsere Verkehrspolitik auf die militärische Mobilität. Unsere Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit. Vom Handel über Forschung und Energie bis hin zur Kommunikation. In Zeiten beispielloser Bedrohungen müssen wir unsere Aufmerksamkeit wieder auf die Sicherheitsdimension unseres gesamten Handelns richten. Wir müssen unsere Union in ihrem Innersten wieder als Sicherheitsprojekt sehen.

Natürlich – und das möchte ich klipp und klar betonen – bleibt die kollektive Verteidigung in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten und der NATO. Das respektieren wir ohne Wenn und Aber. Unsere Zusammenarbeit mit der NATO bleibt das A und O – sie ist ausgezeichnet und sie ist enger denn je. Strategische Verantwortung verlangt aber auch einen stärkeren europäischen Beitrag innerhalb der NATO und zur NATO. Seit Beginn des großangelegten russischen Angriffskrieges hat die Idee einer strategischen Verantwortung unsere Verteidigungsarbeit vorangetrieben. Deshalb möchte ich mich heute auf das konzentrieren, was die bisher geleistete Arbeit für unsere künftigen Fortschritte im Bereich der europäischen Verteidigung leisten kann.

Meine Damen und Herren,

die Europäische Verteidigungsagentur wird bald 20 Jahre alt. Wir haben unsere Zusammenarbeit in der Verteidigung Schritt für Schritt aufgebaut, einen Stein auf den anderen gesetzt. Und als Russland 2022 in die Ukraine einfiel, konnten wir dank jahrzehntelanger geduldiger und hervorragender Arbeit schnell und entschlossen reagieren. Wie nie zuvor haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente zum Einsatz gebracht. Lassen Sie mich einige davon erklären. Wir hatten die Europäische Friedensfazilität geschaffen, um unsere Rolle als Garant für die Sicherheit auf anderen Kontinenten zu stärken. Jetzt unterstützen wir zum allerersten Mal ein Land im Krieg militärisch, hier, mitten in Europa. 5,6 Milliarden EUR, koordiniert auf EU-Ebene, um Panzer, Hubschrauber, Luftabwehrsysteme, Raketen und Munition an die Ukraine zu liefern.

Wir hatten schon vorher Trainingsmissionen organisiert. Jetzt bilden wir Truppen aus, die an einem zwischenstaatlichen Krieg in Europa beteiligt sind – mit einer Mission, die vom neuen Brüsseler Hauptquartier aus befehligt wird. Wir hatten den Europäischen Verteidigungsfonds und die SSZ eingerichtet – daran erinnere ich mich noch genau aus meiner Zeit als Verteidigungsministerin –, um die Kooperation bei den Verteidigungsausgaben voranzubringen. Jetzt mobilisieren wir zum allerersten Mal die europäische Verteidigungsindustrie, um Kriegsanstrengungen zu stützen. Der Europäische Verteidigungsfonds wurde durch das EDIRPA ergänzt. Es folgte ASAP, die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion. 480 000 Schuss Artilleriegranaten wurden entweder geliefert oder sind in Arbeit. Und schon nächstes Jahr werden wir in der Lage sein, eine Million Geschosse pro Jahr zu produzieren. Das wäre vor nur zwei Jahren undenkbar gewesen. Für unsere Verteidigungszusammenarbeit ist das bereits jetzt ein Riesenschritt voran.

Was wir getan haben, wäre in normalen Zeiten außergewöhnlich. Aber in diesen außergewöhnlichen Zeiten ist es nicht genug. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass wir mehr produzieren müssen. Um den Bedarf der Ukraine zu decken, aber auch, um unsere eigene Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Der Krieg in der Ukraine ist materialintensiver als jeder andere Krieg in der jüngeren Geschichte. Russland hat in einem Jahr 10 Millionen Granaten abgefeuert. Die Ukraine verschleißt jeden Monat 10 000 Drohnen. Das bedeutet, dass auch die europäische Verteidigungsindustrie mobilisiert werden muss. Die schlichte Wahrheit lautet, dass wir nicht genügend Waffen und Munition zur Verfügung hatten. Keine großen Bestände. Und nicht genügend Kapazitätsreserven. Denn in Friedenszeiten dachten wir, dass wir sie nicht brauchen. Das musste sich ändern. Im Juli verabschiedeten die NATO-Spitzen einen neuen Plan für die NATO-Verteidigungsproduktion. Und wir in der Europäischen Union müssen uns intensiv auf unsere eigene Produktionsfähigkeit konzentrieren. Kein industrieller Engpass sollte uns im Weg stehen, wenn es um die Sicherheit Europas geht.

Es mangelt uns nicht an verfügbaren europäischen Instrumenten. Es gibt hochinteressante Projekte: von Langstreckendrohnen bis hin zu einem System zum Aufspüren und Entschärfen von Seeminen, das zum Beispiel im Schwarzen Meer lebenswichtig sein könnte. Aber insgesamt bleiben unsere Kooperations-Instrumente weiter hinter ihrem Potential zurück.

Die gute Nachricht lautet, dass der Spielraum für die notwendigen Investitionen größer geworden ist, nachdem viele nationale Verteidigungshaushalte unlängst aufgestockt wurden. Immer mehr Mitgliedstaaten nähern sich dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Und das ist gut, denn strategische Verantwortung erfordert ausreichende Verteidigungsausgaben. Aber wie wird das Geld ausgegeben? Die Gemeinschaftsausgaben der Mitgliedstaaten sind nur marginal gestiegen. Sie liegen immer noch unter 20 %, sehr weit weg von unserem Ziel von 35 %. Darüber hinaus zeigen die jüngsten Zahlen, dass zusätzliche Mittel überwiegend außerhalb der Europäischen Union ausgegeben werden. Wir kaufen vor allem für uns selbst, und wir kaufen im Ausland.

Dies geschieht natürlich, weil dringend Waffen in die Ukraine geliefert und nationale Bestände aufgestockt werden müssen. Aber diese Welle kurzfristiger Käufe wird langfristige Folgen haben: Zuallererst verursacht sie wirtschaftliche Kosten. Wenn die Mitgliedstaaten unkoordiniert einkaufen, kann dies die Preise hochtreiben. Zweitens verursacht sie Kosten für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Mit diesen Investitionen könnten Innovationen und Skaleneffekte in Europa gefördert werden, anstelle von Käufen handelsüblicher Produkte anderswo. Drittens fordert sie einen militärischen Preis: Es gibt viel zu viele verschiedene Waffensysteme in Europa. Darunter leidet die Interoperabilität.

Es gibt viele Beispiele dafür. Lassen Sie mich eines nennen. Die deutsch-niederländische Brigade verwendet die gleiche Art von Haubitze. Aber die Niederländer haben einen bestimmten Munitionstyp für ihre Haubitzen, und die Deutschen haben einen bestimmten Munitionstyp für ihre Haubitzen, und die sind nicht interoperabel. Sie können nicht die Munition des jeweils anderen benutzen. Dies ist nur ein Beispiel. Aber Sie wissen alle hier im Saal, dass es noch viele weitere Beispiele gibt. Und wir könnten noch eine ganze Reihe mehr nennen. Das kann so nicht weitergehen. Schließlich kann der Kauf im Alleingang und im Ausland auch Sicherheitskosten verursachen. Wir sollten nicht davon ausgehen, dass wir uns für unsere Verteidigungsbeschaffung immer auf den internationalen Markt verlassen können. Wir müssen unseren strategischen Abhängigkeiten auf den Grund gehen, um operative Folgen auf dem Schlachtfeld zu vermeiden. So, wie wir in einer Sicherheitslandschaft im Umbruch militärisch gewappnet sein müssen, müssen wir auch industriell gewappnet sein. Das ist ein wesentliches Element strategischer Verantwortung. Wir müssen von einer Logik der Notfallreaktion zu einer langfristigen Sicherheitsarchitektur übergehen. Wir müssen Jahrzehnte schleppender Investitionen und der Zersplitterung ausgleichen. Und um darüber hinwegzukommen, müssen wir mehr ausgeben, wir müssen besser ausgeben und wir müssen gemeinsam ausgeben.

Meine Damen und Herren,

die transatlantische Zusammenarbeit wird nach wie vor von größter Bedeutung sein, auch in Fragen der Industrie. Wir brauchen aber auch einen stärkeren europäischen Reflex. Wir müssen europäisch denken, von der Planung bis zur Beschaffung. Es gibt Lehren, die wir aus unserer jüngeren Geschichte jenseits des Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs ziehen können. In den vier Jahren dieses Mandats hat sich die Art und Weise verändert, wie Europa Industriepolitik macht. Etwa in den Bereichen Wasserstoff, Halbleiter – Computerchips – oder kritische Rohstoffe. Zunächst wurde auf europäischer Ebene eine politische Entscheidung getroffen. Unsere Union hat sich geeinigt, sich auf bestimmte kritische Industrien zu konzentrieren, die für unsere Wirtschaft von morgen von zentraler Bedeutung sind. Dann haben wir unsere Regeln verbessert, um Investitionen und Innovationen zu erleichtern. Zum Beispiel mit schnelleren Genehmigungs- und Notfallverfahren. Und schließlich haben wir unsere neuen industriellen Prioritäten mit europäischen und nationalen Fonds unterstützt, um Marktversagen zu beheben. Dies ist der Ansatz, den wir jetzt auch mit einer neuen europäischen Industriestrategie im Verteidigungsbereich wiederholen möchten. Diese europäische Industriestrategie im Verteidigungsbereich wird sich auf vier Arbeitsbereiche konzentrieren. Ich möchte sie kurz darstellen.

Erstens wäre da die strategische Planung. Natürlich können wir uns dabei auf den Strategischen Kompass und die Arbeit stützen, die die EDA bereits gemeinsam mit den Mitgliedstaaten leistet, um die Verteidigungsplanung der einzelnen Mitglieder abzustimmen. Aber wenn wir bei unseren strategischen Prioritäten erfolgreich sein wollen, brauchen wir noch mehr gemeinsame Planung. Wir sollten festlegen, welche Fähigkeiten wir auf europäischer Ebene besonders ausbauen wollen und auf welche Projekte von gemeinsamem Interesse wir unsere Anstrengungen und Ressourcen ausrichten müssen. Zum Beispiel Fähigkeiten, bei denen Europa von jeher an der Spitze steht: Technik von strategischem Wert wie Cyberfähigkeiten, Satelliten oder strategischer Transport. Aber ich denke da auch an komplexe Fähigkeiten wie die Luftabwehr, die ein Mitgliedstaat allein nicht vorhalten kann und bei denen eine europäische Zusammenarbeit große Vorteile bringen kann. Daher brauchen wir eine Plattform für die strategische Planung, auf der die Planungen auf nationaler und EU-Ebene zusammenlaufen. Das gibt der Industrie mehr Planbarkeit und verringert die Zersplitterung auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite.

Zweitens brauchen wir einfachere und effizientere Regeln. So wie wir es bereits in anderen Bereichen

getan haben, können wir unseren Rechtsrahmen nutzen, um die Zusammenarbeit zu unterstützen und zu vereinfachen. In einem derart stark regulierten Bereich wie der Verteidigung ist das ganz besonders wichtig. Wir werden also in der Konsultationsphase für unsere Strategie unsere Industrie fragen, wie wir sie am besten unterstützen können. Wir müssen unseren Rechtsrahmen aktualisieren, damit Industrie und Mitgliedstaaten Planungssicherheit haben und wir europaweit abgestimmt vorgehen.

Bei meinem dritten Punkt geht es um die Optimierung unseres Potenzials bei Gütern mit dualem Verwendungszweck. Die verteidigungsspezifische Forschung und Entwicklung stärken wir bereits, doch wir sollten auch zivile Technik vermehrt in unsere industrielle Grundlage im militärischen Sektor integrieren. Ein Beispiel: Im Bereich der militärischen Mobilität gibt es das bereits. Infrastruktur mit dualem Verwendungszweck – da erzähle ich Ihnen nichts Neues – wie Straßen und Brücken, die von Militärkonvois genutzt werden, ist für unsere Sicherheit und Abschreckung von entscheidender Bedeutung. So haben wir mit dem Verkehrssektor zusammengearbeitet und unsere Mittel und Vorhaben in diesem Bereich beschleunigt umgesetzt. Wir sind noch nicht am Ende dieses Wegs, aber das ist bereits jetzt eine der Erfolgsgeschichten der europäischen Verteidigungspolitik. Und diesem Vorbild für Nutzungen mit dualem Verwendungszweck folgen auch andere Sektoren. Denken wir zum Beispiel an Satelliten zur weltweiten Standortbestimmung und für sichere Verbindungen. Galileo haben wir bereits und bald werden wir über IRIS^2 verfügen, das sind EU-Spitzenprodukte, die auch einem militärischen Zweck dienen. Und wir legen derzeit die Grundlagen für einen europäischen Cyberschutzschild. Damit könnte die Europäische Union eine direkte Rolle bei der Schaffung neuer Infrastruktur mit dualem Verwendungszweck spielen. So viele wichtige Innovationen bei Verteidigungsanwendungen entstammen dem zivilen Bereich. Nun ist entscheidend, dass wir beide Seiten zusammenbringen. Und dazu wird die Kommission in einem Weißbuch zu Forschung mit dualem Verwendungszweck Möglichkeiten aufzeigen.

Mein vierter Punkt betrifft die Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel. Eine ganze Reihe von Finanzierungsinstrumenten steht bereits zur Verfügung. Aber wir müssen alle möglichen Wege ausloten, um Entlohnungen, Anreize und einen Ausgleich für die Kosten zu schaffen, die durch die Zusammenarbeit und die Erlangung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit entstehen. Das tun wir mit der Strategie, auch indem wir neue Finanzierungsmöglichkeiten vorschlagen. Anfang nächsten Jahres werden wir ein Programm für die europäische Verteidigungsindustrie vorschlagen. Darin werden die Erfahrungen mit ASAP und EDIRPA einfließen. Und natürlich muss das Programm – ohne den Verhandlungen über den künftigen EU-Haushalt vorzugreifen – mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Wir prüfen auch, wie wir Anreize für den Übergang von kooperativer Forschung im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds zur Entwicklung und regulären industriellen Produktion von Verteidigungssystemen schaffen können. ASAP war ein guter erster Schritt, war aber natürlich auf ein bereits ausgereiftes Produkt begrenzt: auf Munition. Daher sollten wir uns den gesamten Zyklus des Kapazitätsaufbaus anschauen – auch die Phase der industriellen Umsetzung und der industriellen Produktion. All das, um vor dem Hintergrund unserer strategischen Prioritäten unserer technologischen und industriellen Verteidigungsbasis Orientierung und Unterstützung zu geben. Dadurch könnten wir mehr Kohärenz und Koordination erreichen.

Aber es gibt auch andere Optionen. Wir arbeiten bereits an einer Mehrwertsteuerbefreiung, um die gemeinsame Beschaffung und die gemeinsame Trägerschaft von Verteidigungsfähigkeiten zu unterstützen. Wir haben bereits die Europäische Investitionsbank aufgerufen, ihre Unterstützung für die europäische Verteidigungsindustrie auszuweiten. Diesem Aufruf schlossen sich vor Kurzem auch die Mitgliedstaaten im Lenkungsausschuss der EDA an – vielen Dank dafür. Ich glaube daher, dass es an der Zeit ist, endlich Fortschritte zu machen. Wir prüfen, wie der Beitrag der Verteidigungsindustrie zur Sicherheit der Union mehr Anerkennung bei auf Nachhaltigkeit bedachten Finanzinvestoren finden kann und wie KMU und Start-ups im Verteidigungsbereich Zugang zu Wachstumsfinanzierung erhalten können. Schließlich sollten wir auch offen für Erfahrungen unserer Partner sein. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: die Erfahrung, wie die Vereinigten Staaten mit ihrem Programm für Rüstungsverkäufe ins Ausland für eine stabile Nachfrage für die Industrie, geringere Kosten und vereinfachte Exportgeschäfte sorgen.

Außerdem sollten wir Synergien mit anderen industriepolitischen Instrumenten ausloten. Beispielsweise haben wir in unserem Gesetz zu kritischen Rohstoffen einige mineralische Rohstoffe identifiziert, die unsere Verteidigungs- und unsere Raumfahrtindustrie benötigen. Wenn wir strategische Verantwortung übernehmen wollen, brauchen wir diese entscheidenden Wertschöpfungsketten. Das geht nur auf europäischer Ebene.

Und schließlich mein fünfter Punkt, wir müssen die Diskussionen darüber zum Abschluss bringen, wie Verteidigungsinvestitionen im Rahmen unserer haushaltspolitischen Vorschriften berücksichtigt werden können. Aus Transparenzgründen müssen Verteidigungsausgaben – wie alle anderen Ausgaben – in den öffentlichen Schuldenstand und das Haushaltsdefizit einfließen. Diese Ausgaben können und sollen zwei miteinander kompatible Ziele erreichen: nachhaltige öffentliche Finanzen und

Unterstützung der Investitionen der Mitgliedstaaten in strategische öffentliche Güter.

Und dies gilt auch für die Verteidigungsfähigkeiten, da wir auf die größer gewordene geopolitische Bedrohung reagieren müssen. Vor allem, weil die Mitgliedstaaten momentan in diesem Bereich sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Bereits im Kommissionsvorschlag vom vergangenen April haben wir die Verteidigung als eine der Prioritäten der EU für Investitionen und Reformen hervorgehoben. Der Investitionsbedarf im Verteidigungssektor könnte somit ein Grund sein für die Verlängerung des haushaltspolitischen Anpassungszeitraums eines Mitgliedstaats. Im Rat besteht inzwischen breites Einvernehmen, dass die Erhöhung der Verteidigungsausgaben bei der Beurteilung der Frage, ob ein Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit aufweist oder nicht, als relevanter Faktor zu berücksichtigen ist. Und es gibt Spielraum für weitere gezielte und zeitlich begrenzte Anpassungen – um Mitgliedstaaten, die gleichzeitig ihre Verteidigungsausgaben erhöhen, bei den kurzfristigen Haushaltsanstrengungen Abstriche zu erlauben. Das könnte besonders für Investitionen gelten, die die festgestellten kritischen Lücken schließen sollen. Bei diesen Investitionen müsste es sich zudem um europäische Kooperationsprojekte handeln. Damit würden wir spezifische Anreize für länderübergreifende Vorhaben in Europa schaffen, welche wir so dringend brauchen. Falls dies für die gesetzgebenden Organe akzeptabel ist, könnten sie diese Anregungen bei der Behandlung unserer aktuellen Vorschläge prüfen. Das könnte in diesen außergewöhnlichen Zeiten eine Wende für die Verteidigungs- und Verteidigungsindustriepolitik der Union bedeuten.

Deshalb: Strategischer Fokus. Bessere Regeln. Duale Verwendung. Und Finanzierung. Dies sind die vier Hauptpfeiler unserer kommenden Strategie. Aber letztendlich gibt es noch weitere Punkte im Zusammenhang mit der geografischen Reichweite unseres Ansatzes. Ein strategisches Konzept für unsere Verteidigungsindustrie muss sich nicht nur mit unseren eigenen Bedürfnissen, sondern auch mit der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine befassen. Unsere Strategie ist nur dann vollständig, wenn sie auch den Bedürfnissen und den industriellen Kapazitäten der Ukraine Rechnung trägt. Der erste Schritt, um dies zu erreichen, besteht darin, die Ukraine in den Konsultationsprozess zu unserer Industriestrategie einzubeziehen. Dies sollte dazu führen, dass die Ukraine gegebenenfalls mit Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates in einige unserer Verteidigungsprogramme integriert wird. Das würde uns nicht nur helfen, den Verteidigungsbedürfnissen der Ukraine gerecht zu werden. Es würde selbstverständlich auch Konvergenz zwischen unseren Streitkräften und Verteidigungsindustrien und eine gemeinsame Planung fördern. Die Ukraine ist ein zukünftiges Mitglied unserer Europäischen Union. Sie muss folglich viel enger und viel schneller an uns herangeführt werden. Und wir sollten alle unsere Instrumente nutzen, um dies möglich zu machen.

Meine Damen und Herren,

die letzten Jahre haben gezeigt: wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein Weg. Wenn wir uns einigen, können wir auch in Dinge, die seit Jahren nicht vom Fleck kommen, wieder Bewegung bringen. In diesen ereignisreichen Zeiten muss uns das Wissen um die Dringlichkeit des Themas Antrieb sein. Und wir müssen unsere Zusammenarbeit in den derzeitigen institutionellen Grenzen so weit wie möglich ausreizen. Aber wir sollten nicht davor zurückschrecken, ambitionierte Fragen zur Zukunft der europäischen Verteidigung zu stellen. All diese Fragen werden wir in den wenigen Monaten vor den Europawahlen nicht kurzfristig beantworten können. Aber wir sollten uns trotzdem bemühen, eine klare Vorstellung von den nächsten Schritten zu entwickeln. Und einen Plan, wie die industrie- und sicherheitspolitischen Instrumente, die die Grundlage für unsere strategische Verantwortung bilden, dazu beitragen können, unsere Europäische Verteidigungsunion zu vollenden. In meinen Augen ist es am dringendsten, neue Möglichkeiten der Verteidigungskooperation im Rahmen der bestehenden Verträge zu prüfen. Es gibt gute Argumente für eine Angleichung der Vergabebedingungen von EFF und EDIRPA. Beide können dem unmittelbaren Beschaffungsbedarf der Mitgliedstaaten und der Ukraine sowie der Stärkung der europäischen und ukrainischen Verteidigungsindustrie dienen. Beides ist für die langfristige Sicherheit der Mitgliedstaaten und der Ukraine von entscheidender Bedeutung. Unter Berücksichtigung der Grenzen der Verträge sehe ich jedoch Spielraum, um zu erörtern, ob zumindest diese Aufgabe der EFF in einem künftigen mehrjährigen Finanzrahmen aus dem Unionshaushalt unterstützt werden könnte.

Das sind Fragen, die wir schon heute stellen sollten. Und deshalb werden wir bereits in unserem Beitrag zur Diskussion der Staats- und Regierungschefs über die Zukunft Europas, die unter belgischem Vorsitz im ersten Halbjahr 2024 stattfinden wird, Vorschläge unterbreiten.

Meine Damen und Herren,

Die Gründer unserer Union glaubten, dass Verteidigung und Sicherheit im europäischen Projekt von zentraler Bedeutung sein müssen. Das gilt heute mehr als je zuvor. Wir haben greifbare Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion erzielt. Aber die strategischen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, sind noch schneller gewachsen. Schauen Sie sich nun an, wie sehr sich unsere Union in den letzten Jahren verändert hat. Als die Pandemie um sich griff, erkannten wir alle, dass wir mehr Integration brauchten, um gesundheitliche Notlagen zu

bewältigen. Seitdem haben wir den Grundstein für eine europäische Gesundheitsunion gelegt. Als Russland versuchte, uns mit seinem Gas zu erpressen, erkannten wir alle, dass wir gemeinsame Investitionen, gemeinsame Maßnahmen und sogar eine gemeinsame Gasbeschaffung brauchten. Jetzt sind wir bei der europäischen Energieunion weiter als je zuvor. Das nächste Kapitel ist eine vollwertige europäische Verteidigungsunion. Damit Europa endlich strategische Verantwortung für seine eigene Zukunft übernehmen kann. Es ist eine der großen Aufgaben, mit denen unsere Union für die kommenden Jahre konfrontiert ist. Und ich bin zuversichtlich, dass Europa wieder auf den Ruf der Geschichte antworten wird.

Ganz herzlichen Dank und es lebe Europa.

SPEECH/23/6207

Kontakt für die Medien:

Eric MAMER (+32 2 299 40 73)
Arianna PODESTA (+32 2 298 70 24)

Kontakt für die Öffentlichkeit: Europe Direct – telefonisch unter 00 800 67 89 10 11 oder per E-Mail

Related media

EDA Annual Conference 2023: Powering up European Defence